

Zu dieser Ausgabe

Ob wir nun tatsächlich bereits in einem „postfaktischem Zeitalter“ angekommen sind, wird sich noch zeigen müssen. Was jedoch bereits jetzt absehbar ist: Auch in „postfaktischen“ Zeiten kommt man nicht ganz ohne „Fakten“ aus – wie sonst wäre man in Washington auf die Idee gekommen, „alternative Fakten“ präsentieren zu müssen? Und auch die wüstesten Verschwörungstheorien bemühen sich darum, „Fakten“ für ihre kruden Behauptungen ins Feld zu führen. Angesichts der Breite des Angebots und der schnellen Verfügbarkeit nicht nur von Meinungen und Ansichten, sondern vielfältiger Daten und Fakten, die die Welt um uns herum beschreiben, stellt sich deshalb umso mehr die Frage, welchen Fakten man nun trauen kann und welchen nicht. Die Förderung von „statistical literacy“ – also der Kompetenz, Zahlen, Daten und Statistiken lesen, verstehen und beurteilen zu können – ist deshalb eine – zwar nicht neue – aber doch unter dem Eindruck der aktuellen Entwicklungen wichtiger werdende Aufgabe. Die Ereignisse in Großbritannien, USA und anderen Ländern führen vor Augen, dass der Ort der Vermittlung dieser Kompetenzen nicht nur in den klassischen MINT-Fächern liegen kann, sondern eben auch ein substantieller Teil der politischen Bildung sein muss. Diese Einsicht hatte bereits dazu geführt, dass seit nunmehr drei Jahren mit der Serie „Schüler forschen“ in der GWP vorgestellt wird, wie man methodisch angeleitet zu guten, die Meinungen und Ansichten der Menschen adäquat wiedergebenden Umfragedaten gelangen kann. Im vorletzten Beitrag dieser Reihe geht es nun um die Frage, wie man Umfrageergebnisse eingängig, nachvollziehbar und methodisch redlich präsentieren kann.

Doch „statistical literacy“ muss auch deshalb Teil der politischen Bildung sein, weil die politischen Auseinandersetzungen um Phänomene geführt werden, deren Beschreibung und letztendliche Bewertung auf der Grundlage statistischer Daten und ihrer Interpretation geschehen. Zwei, in den diesjährigen politischen Auseinandersetzungen möglicherweise zentrale Problembereiche werden in diesem Heft deshalb aus einer statistischen und methodischen Perspektive genauer beleuchtet: Armut und Integration von Migranten. Marco Gießelmann und Laura Luekemann fragen, ob die vielfach konstatierte Zunahme von Armut in Deutschland ein „empirisch gesichertes Faktum“ oder ein „Mythos“ ist? Es geht also darum, wie politisch relevante Probleme gemessen werden, Ergebnisse dargestellt und interpretiert werden. Eine andere Dimension der „statistical literacy“ bedient der Beitrag von Martin Kroh und Kollegen, der Ergebnisse zu den Integrationsprozessen von Migrantinnen und Migranten vor-

stellt. Hier geht es nicht nur um die Vermittlung von methodisch abgesicherten Erkenntnissen, aus denen die Politik lernen kann, sondern der Beitrag ist auch ein Beispiel für eine „evidenzbasierte Politikberatung“, deren Werkzeuge, Methoden und Ergebnisse Gegenstand einer im Kontext politischer Bildung vermittelten „statistical literacy“ sind.

Während Armut bzw. Ungleichheit und Integration thematische Felder sind, die sicherlich den beginnenden Wahlkampf inhaltlich bestimmen werden, widmen sich die beiden Beiträge von Eckhard Jesse und Joachim Behnke den Veränderungen des Wahlverhaltens und des Wahlrechts. Damit liefern sie wichtige Hintergrundinformationen über das Funktionieren von Demokratie und ihrer Institutionen. Gerade dieses sich gegenseitig auch begrenzende Ineinandergreifen unterschiedlicher demokratischer Institutionen und Prozesse wurde in der Vergangenheit oftmals als Ausfluss einer Ineffizienz und Schwerfälligkeit der Demokratie und ihrer Entscheidungsprozesse beurteilt. Die ersten Wochen des neuen Präsidenten der USA zeigen jedoch für manche auch die gleichsam heilsame Wirkung institutioneller Ordnungen und bürokratischer Apparate – worauf ja bekanntlich schon Max Weber hingewiesen hatte. In welche Richtung die USA in den nächsten Jahren gehen, wird deshalb auch davon abhängen, welche Leitideen die neue Administration in Washington tatsächlich umsetzen kann. Worin diese zumindest im Bereich der Wirtschaftspolitik bestehen, beschreibt der Beitrag von Jens van Scherpenberg in einer sehr genauen Analyse. Dabei wird auch klar: Auch im „postfaktischen Zeitalter“ wird sich eine Regierung daran messen lassen müssen, inwieweit sie den Erwartungen ihrer Wählerinnen und Wähler nachkommt.

Die Herausgeber